

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

Petition «Fach Politische Bildung» / Staatskanzlei

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Wie wichtig uns der politische Nachwuchs ist, haben wir in zahlreichen politischen Debatten und Diskussionen immer wieder gehört. Aber auch in privaten Kreisen und einzelnen Jungparteien wie auch in der Gesellschaft wird darüber gesprochen, wie die jungen Menschen auch in Zukunft dazu motiviert werden können, sich politisch zu engagieren. Geht es um Partizipation in der Politik? Geht es um Mitbestimmung? Braucht es eine Diskussion über das Stimmrechtsalter? Müssen wir bei der Bildung ansetzen und die Vermittlung in Form eines Schulfachs prüfen, auch auf der Sekundarstufe? Oder müssen wir die Ausbildung der Lehrpersonen in dieser Thematik weiter vorantreiben? Diese Fragen haben die Petitionäre an ihrer Session im Jugendparlament beschäftigt. Wer von uns anwesend war oder sein durfte, hat bemerkt, dass diese jungen Leute etwas verändern wollen. Die Petitionäre waren auch in der EBKK-Sitzung zu Gast. Dort haben sie uns ihr Anliegen nochmals transparent dargestellt. Es geht darum, dass die politische Bildung in der Sekundarstufe I offensichtlich noch nicht den Stellenwert hat, den sich die jungen Menschen wünschen. Es braucht also offensichtlich eine Veränderung. Die EBKK-Mitglieder konnten ausführlich Fragen dazu stellen. Ein Thema hat uns besonders beschäftigt, nämlich wie die Umsetzung aussehen und erfolgen soll. Die Petitionäre zeigten sich relativ offen, ob es eine zusätzliche Lektion oder ein anderer Weg sein soll oder ob man allenfalls nochmals über die Ausbildung der Lehrpersonen sprechen soll. Wichtig ist ihnen aber, dass die politische Bildung systematisch und über eine längere Zeit verankert wird. Die Diskussion in der EBKK war breit, aber man hat gespürt, dass sich alle EBKK-Mitglieder dieser Thematik nochmals annehmen möchten. Wir durften in unserem Rat bereits einzelne Vorstösse behandeln, zuletzt die Verankerung auf Volksschulebene. Doch jetzt gilt es, auch über die Sekundarstufe zu sprechen. Die EBKK beantragt, die Petition im Sinn der genannten Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen. Wir arbeiten heute mit Fraktionssprechenden, weil es uns sehr wichtig ist, dass die Anliegen der jungen Menschen direkt in unseren Rat getragen werden können. Zudem möchten wir die politische Zukunft anpacken, dazu brauchen wir jüngere Menschen, aber auch unseren Rat. Die EBKK hat entschieden, dass sie sich der Thematik in einer nächsten Sitzung nochmals annehmen möchte, weil sie erkannt hat, dass die Forderung der Petition nicht einfach zu verankern ist. Wir sind bestrebt, nach einer Lösung zu suchen. Ich danke den heute anwesenden Gästen des Jugendparlaments, dass sie uns Rede und Antwort gestanden sind.

Für die SVP-Fraktion spricht Urs Christian Schumacher.

Urs Christian Schumacher: Die SVP-Fraktion freut sich über das Engagement und bedankt sich für das Interesse und die politische Arbeit des Jugendparlaments. Wir brauchen junge Menschen, die mit jugendlichem Idealismus Verantwortung übernehmen und ihre Visionen verwirklichen möchten. Das Jugendparlament wünscht politische Bildung als eigenes Fach. Was ist ausser dem Staatskundeunterricht damit konkret gemeint? Zu jedem gesellschaftlich relevanten Thema gibt es eine politische Dimension. Politische Bildung ist kein eigentliches Fach, sondern eine Betrachtungsweise. Letztlich geht es um Veränderungen und deren Auswirkungen auf jeden Einzelnen und die Gesellschaft. Sobald eine Sache politisch betrachtet wird, liegt auch eine politische Meinungsbildung auf der Hand. Lehrpersonen haben für die Schüler Vorbildfunktion und können daher auch meinungsbildend und meinungsprägend oder gar meinungsbeeinflussend sein. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, wie das Jugendparlament thematisch beraten und begleitet wird. Derzeit ist es die Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern), welche die Themen vorbereitet und vorschlägt und somit die politischen Akzente für das Jugendparlament setzt. Zweifellos ist es in einer direkten Demokratie wichtig, dass die Jugendlichen auf ihre politischen Rechte und Pflichten vorbereitet werden. Voraussetzung für diese Aufgabe ist eine Pädagogik, die eine eigenverantwortliche, selbständige und freie Persönlichkeit anstrebt. Den Mut, selber zu denken, selber zu recherchieren und auch Dinge zu hinterfragen, das ist es, was eine freie demokratische Gesellschaft braucht. Politische Bildung soll lebhaft und pädagogisch angemessen in den bestehenden Unterricht integriert werden. Zur politischen Bildung kann auch das Einstudieren eines Schülertheaters beitragen, in dem eine gesellschaftliche Position vertreten und formuliert und womit auch Auftrittskompetenz erworben wird. Eine Klasse, die den Wilhelm Tell von Schiller einstudiert, erwirbt sich eine nachhaltigere Vorstellung von Demokratie als durch eine Bildungslektion. Wir leben in einer Zeit, in der die freie Meinung zunehmend eingeengt wird. Sinnbildlich dafür ist das Unwort «Querdenker», als ob man nur gerade oder eben linientreu denken dürfte. Manche Soziologen sprechen bereits von einer De-Zivilisation der europäischen Gesellschaft. Treiber seien westliche und transatlantische Eliten, Bildungseinrichtungen, NGO, Thinktanks und nicht zuletzt die Medien. Kennzeichnend sei eine verächtliche Haltung gegenüber der abendländischen Geschichte und Kultur und die Auflösung aller biologischen und gesellschaftlichen Grenzen sowie eine totalitäre Meinungsintoleranz. EU-Chefin Ursula von der Leyen teilte am diesjährigen WEF mit, dass ihre grösste Sorge und damit die der Elite nicht Krieg und Klimawandel seien, sondern die Desinformation und die Malinformation. Die Probleme sind also nicht die politischen und anderen Katastrophen, sondern dass die Menschen denjenigen, die diese bewältigen sollten, nicht mehr immer vertrauen. Politische Bildung bedeutet eine Pädagogik zu einem freien, selbständigen, eigenverantwortlichen und weitsichtigen Weltverständnis, und dazu brauchen wir auch eine vielfältige und kritische Medienlandschaft. Liebe Jungparlamentarier, engagieren Sie sich für Meinungsfreiheit und Medienvielfalt und gegen die Einengung des Meinungskorridors und sehen Sie sich unbedingt auch alternative Medienkanäle an. Dann haben Sie die beste Voraussetzung für politische Bildung, die sich letztlich jeder selber erarbeiten muss, wenn Sie nicht dem Mainstream-Narrativ blind vertrauen wollen. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der EBKK und nimmt die Petition zu Kenntnis. Politische Bildung soll nicht als eigenes Fach auf Kosten von anderen Fächern eingeführt, sondern als Mehrwert in die Ausbildung geeignet integriert werden.

Für die Mitte-Fraktion spricht Tobias Käch.

Tobias Käch: Das Jugendparlament hat an seiner Session zuhänden unseres Rates eine Petition mit der Forderung nach mehr politischer Bildung in der Schule eingereicht. Damit

rennt es bei uns Politikerinnen und Politikern natürlich offene Türen ein, denn politische Bildung ist in unserer direkten Demokratie ein wichtiges Thema. Wir freuen uns über dieses politische Interesse und nehmen die Petition rein formell zur Kenntnis. Wir haben die Petition in der EBKK besprochen und zwei Vertreter des Jungendparlaments angehört. Ihrer Argumentation in der Petition können wir gut folgen. Sie schreiben, dass je nach Interesse der Lehrperson der politischen Bildung in der Schule mehr oder eben auch weniger Gewicht gegeben wird, dies trotz Lehrplan und verschiedenen Empfehlungen. Der Unterricht und häufig auch der Lernerfolg sind von der Lehrperson und der Beziehung zwischen Lernenden und Lehrenden abhängig. Meine Damen und Herren, denken Sie an ihre Schulzeit zurück. In dem Fach, welches Sie wegen der Lehrperson gerne besuchten, fiel ihnen das Lernen auch einfacher. Am Schluss hängt vieles von der Lehrperson ab. Aktuell haben wir auch nach intensiver Beratung in der Kommission noch keinen Vorschlag zur konkreten Umsetzung der Forderung. Die Mitte-Fraktion ist aber motiviert, in kommenden Kommissionssitzungen einen Umsetzungsvorschlag auszuarbeiten. Ihrer Argumentation folgend geht es auch uns um mehr Verbindlichkeit, zum einen im Unterricht für Sie als Schülerinnen und Schüler, egal ob Sekundar- oder Kantonsschule, zum anderen geht es uns aber auch um mehr Verbindlichkeit in der Ausbildung an der PH Luzern. Bis wir so weit sind, habe ich noch einen Tipp: Man kann sich nebst der Theorie auch praktisch in Politik bilden. Dazu bieten sich auch im Kanton Luzern Jungparteien von links über die Mitte bis rechts an. Manch eine und manch einer hier hat in einer Jungpartei begonnen und Erfahrungen gemacht, die in der Schule nur mit Erlebnispädagogik zu erreichen wären.

Für die FDP-Fraktion spricht Roger Erni.

Roger Erni: Haben Sie gewusst, dass die FDP-Fraktion mit der Erstunterzeichnenden Irene Keller vor sechs Jahren mit der Anfrage A 635 sechs Fragen genau zu diesem Thema gestellt hat? Wieder unsere Partei gab vor fünf Jahren mit dem Postulat P 101, eröffnet am 10. September 2019, folgenden Auftrag: «Der Regierungsrat wird gebeten, die Einführung eines obligatorischen Fachs «Politische Bildung» auf der Sekundarstufe I zu prüfen. Dabei sollen alle Lernenden während mindestens eines Jahres mindestens eine Wochenlektion politische Bildung erhalten.» Mein Tipp: Lesen Sie die entsprechende Stellungnahme des Regierungsrates, dann werden Sie merken, dass die FDP in diesem Thema die klare Leaderpartei ist. Mit dieser Petition liegt die exakt gleiche Forderung mit einer dreimal so hohen Stundendotation auf dem Tisch. Die FDP-Fraktion sieht wie die EBKK aktuell nicht, dass die Vermittlung politischer Bildung auf Kosten eines anderen Fachs geht. Nicht einmal die Petitionäre sind bereit, eine Lektion mehr in die Schule zu gehen. Die Petition des Jugendparlaments stellt eine gute Idee und einen konstruktiven Ansatz dar, ein wirklich wichtiges Thema nicht nur für diese Altersklasse in die öffentliche breite, politische Diskussion zu bringen. Zwei Links und ein Input nicht nur für den Kantonsrat: Ich hoffe sehr, dass alle Sekundarlehrpersonen und vielleicht auch die beiden anwesenden Petitionäre diese Links kennen. Erstens: Gehen Sie auf die seit Jahren existierende, tolle kantonale Webseite «entdecke.lu.ch». Dort finden Sie für die Sekundarstufe I eine Lerneinheit zur politischer Bildung in unserem Kanton, die «Wer entscheidet über die Zukunft unseres Kantons?» heisst. Zweitens: Ich unterrichtete 13 Jahre als Handelslehrer am KV Luzern und an der Wirtschaftsmittelschule – und glauben Sie mir, ich war ein engagierter politischer Bildungsfachmann. Vielfach gebrauchte ich im Fach Allgemeinbildender Unterricht (ABU) die genial-aktuellen Arbeitsblätter des «hep-Verlags». Im Internet finden Sie diese unter «Politics-Economics». Schaffen Sie es, auf alles der Ausgabe 393 vom 14. Juni 2024 richtig zu antworten? Zum Beispiel auf die Frage, wie viele Mitglieder das Europäische Parlament hat? Drittens: Wie bringt man die Jugend in die kommunale Politik? Ich erzähle Ihnen dazu eine

aktuelle Best-Practice-Geschichte: In meiner Stadt forderte ein Jungparlamentarier der Mitte im Jahr 2022 mit einer Motion ein Jugendparlament. Drei Jahre später, ab 2025, wird in Kriens das Instrument der Jugendsession eingeführt. Meine Schlussforderung: Bringen Sie solche Instrumente in Ihre Gemeinden, denn dort fängt Politik an. Das kantonale Jugendparlament wird grosse Freude an Ihnen haben.

Für die SP-Fraktion spricht Jörg Meyer.

Jörg Meyer: Eigentlich habe ich ein Votum vorbereitet, ich wurde aber etwas herausgefordert und beginne zu improvisieren und kurz Luft zu holen. Zuerst möchte ich der kantonalen Jugendsession vom November 2023 danken, dass sie das Thema «Politische Bildung» erneut aufgegriffen hat. Ich bin gerade nicht sicher, worüber wir eigentlich diskutieren. Geht es darum, dass es ein wichtiges, zentrales Thema ist? Oder geht es darum, wie wichtig es ist, sich als Partei oder persönlich in diesem Thema zu profilieren? Auch wir wissen, dass dieser Rat bereits vor fünf oder mehr Jahren über diese Frage diskutiert hat, schliesslich waren wir Zweitunterzeichnende des entsprechenden Postulats. Was soll das also? Aus Sicht der jungen Menschen und der kantonalen Jugendsession ist scheinbar zu wenig geschehen, oder es ist zu wenig gut geschehen. In diesem Sinn verlief die Diskussion an der Jugendsession und der Austausch mit den Petitionären in der EBKK. Die daraus resultierenden Einsichten sind äusserst wertvoll. Die SP-Fraktion schätzt die Offenheit der Petitionäre möglichen Lösungen gegenüber und dass sie nicht einfach die buchstabengetreue Umsetzung der Petition fordern. Der Bericht der EBKK sowie die Ausführungen der Kommissionspräsidentin geben die Diskussion aus unserer Sicht gut wieder. Zentral ist, dass wir nicht einfach über eine Ausweitung des Staatskundeunterrichts sprechen. Dies wäre in der Lektionentafel auch schwierig umzusetzen, was uns allen bewusst ist. Nein, zentral ist die Erkenntnis, dass politische Bildung mehr beziehungsweise etwas ganz anderes ist als Staatskundeunterricht. Bei der politischen Bildung geht es nicht darum, auswendig zu lernen, wie viele parlamentarische Sitze das Europaparlament hat. Das ist Bulimielernen und sicher keine politische Bildung. Es um die politische Diskursfähigkeit und das Demokratieverständnis als Grundlage unseres Staatswesens. Wenn wir den Blick vom Bürgenstock weiter in die weite Welt richten, sollte es uns allen klar sein, wie wir ein wichtiges, zentrales, aber auch privilegiertes Gut hier in der Schweiz zu verwalten haben. So aufmerksam ich zugehört habe, umso unerklärbarer bleibt mir, vor was die SVP-Fraktion Angst hat. Wenn man Schiller und Wilhelm Tell als demokratiepolitische Grundlage zitieren oder herbeiführen muss, frage ich, vor welcher Zukunft man Angst hat. Wird hier der Bogen nicht etwas weit gespannt, wenn man über die abendländische Kultur oder totalitäre Systeme räsoniert? Wenn es sogar in eine Medienanleitung ausartet im Sinn von «Liebe junge Leute, was habt ihr für Anforderungen und schaut andere Kanäle im Internet»? Die Junge SVP profiliert sich derzeit bei «Russia Today» oder man kann sich auch bei «Teleblocher» informieren. Wenn das die Antwort auf das Anliegen zur politischen Bildung sein soll, werden diese jungen Menschen einfach nicht ernst genommen. Politische Bildung kann und muss entsprechend in unterschiedlichsten Themenbereichen aufgegriffen und vermittelt werden und ist nicht einfach ein Fach. Entsprechend stehen alle Lehrpersonen im Fokus und müssen breiter befähigt werden, auch schon in der Ausbildung und in der Weiterbildung. Die jetzige Unterschiedlichkeit oder sogar Zufälligkeit, was geschieht oder eben nicht geschieht, muss durch ein bestimmtes Mass an Aus- und Weiterbildung und Verbindlichkeit abgelöst werden, sonst bleibt es eine Lotterie. Entsprechend ist es aus unserer Sicht nur richtig und wichtig, dass sich die EBKK wie von der Kommissionspräsidentin ausgeführt weiter mit dem Thema beschäftigt. Damit es aber nicht bei einer Beschäftigung bleibt oder so wie vor sechs Jahren, als wir in diesem Rat Sonntagspredigten abhielten, haben wir die klare Erwartung, dass es

nicht erneut bei schönen Worten oder wohlklingenden Vorstössen bleibt, sondern konkrete Schritte und Umsetzungen folgen. So kann die kantonale Jugendsession vielleicht in zwei bis drei Jahren zurückschauen und sagen, sie habe im November 2023 etwas angestossen, und das Thema werde nun besser und breiter aufgenommen.

Für die Grüne Fraktion spricht Irina Studhalter.

Irina Studhalter: Die Schweiz ist stolz auf ihre Demokratie mit den weit ausgebauten politischen Rechten. Entsprechend freue ich mich über das politische Gefäss der Jugendsession im Kanton Luzern. Die Jugendsession fordert in ihrer Petition ein Schulfach «Politische Bildung», weil sie die politische Bildung als unzureichend wahrnimmt, und das im Land mit der angeblich besten Demokratie. Die EBKK und gemäss den Voten offenbar auch der Kantonsrat nehmen das ernst. Die politische Bildung ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Eine Stärkung der politischen Bildung bedeutet immer auch eine Stärkung der Demokratie. Kinder und Jugendliche sollen lernen und üben, sich zu informieren, Argumente abzuwägen, zu diskutieren, andere Perspektiven nachzuvollziehen, Entscheidungen zu treffen und für die eigene Meinung einzustehen. Das sind die Grundlagen des politischen Handelns. Diese Grundlagen kommen vor der Staatskunde, vor dem institutionellen Auswendiglernen von politischen Mitteln und auch vor dem Auswendiglernen, wie viele Mitglieder das Europäische Parlament hat. Die Grüne Fraktion steht deshalb dafür ein, dass die politische Bildung breit unterrichtet wird in verschiedenen Schulfächern und über die ganze Schullaufbahn. Dazu müssen wiederum die Lehrpersonen ausgebildet und unterstützt werden mit Fachwissen, Lehrmitteln und Ausbildungen. Die PH Luzern ist in der Pflicht, dass ihre Studierenden auch in Demokratiebildung gut ausgebildet werden. Weiter wäre es nur konsequent, dass wir im Sinn einer Stärkung der Demokratie und der Demokratiebildung von Jugendlichen auch das Stimmrechtsalter 16 und ein Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer einführen. Dafür steht die Grüne Fraktion ebenfalls ein. Wir danken den Teilnehmenden der Jugendsession für ihr Engagement und ihre politische Arbeit. Aus meiner Sicht sind sie nicht die politische Zukunft, sondern die politische Gegenwart, sonst würden wir schliesslich nicht heute, sondern in der Zukunft über ihre Anliegen diskutieren. Mit ihrem Engagement leisten sie politische Bildung, was für unsere Gesellschaft sehr wertvoll ist.

Für die GLP-Fraktion spricht Angelina Spörri.

Angelina Spörri: Das Luzerner Jugendparlament hat ein wichtiges Thema aufgegriffen und nach der Beratung in der Jugendsession eine entsprechende Petition eingereicht. Diese wurde uns in der EBKK vorgestellt, und wir hatten die Möglichkeit Fragen zu stellen, die uns kompetent beantwortet wurden. Die Forderung nach mehr politischer Bildung ist hier im Rat nicht neu, auch wir haben bereits mehrere entsprechende Vorstösse behandelt, leider bisher ohne zufriedenstellende Umsetzung. Deshalb sind wir dankbar über die Forderung des Jugendparlaments. Die GLP-Fraktion teilt die Haltung der Petitionäre, dass es eine Stärkung der politischen Bildung braucht, mit gutem und vereinheitlichtem Lernmaterial und einer verbindlicheren Ausbildung der PH-Studierenden. Politische Bildung haltungsneutral zu unterrichten, ist schwierig und muss gelernt werden. Aktuell erhalten nur ganz wenige angehende Lehrpersonen eine entsprechende fachdidaktische Ausbildung. Genau hier müssen wir jedoch ansetzen, denn – und hier besteht unsere Differenz zu den Petitionären – es braucht nicht ein separates zusätzliches Fach «Politische Bildung», sondern Lehrpersonen, welche auf alle Stufen und in diversen Fächern politische Bildung vermitteln können. Politikbildung besteht nicht nur aus dem staatskundlichen Teil, sondern aus dem Erlernen von kontroversen Diskussionen, Debatten und der Meinungsbildung. Dies soll fächerübergreifend passieren mit Einbezug von aktuellen Themen aus der Schweiz und

international. Schwerpunkttage Politik, Projektwochen oder Schülerräte sind zusätzlich sinnvolle Möglichkeiten, Schülerpartizipation aktiv zu gestalten. Hier gibt es bereits heute gute Beispiele aus Schulen, die von uns sehr begrüsst werden. Wir bedanken uns beim Jugendparlament für seine Petition und werden beim Thema der Ausweitung der fachdidaktischen Ausbildung angehender Lehrpersonen in politischer Bildung dranbleiben.

Sabine Heselhaus: Wenn wir schon von der politischen Bildung sprechen, sollten wir dringend die Bedeutung der Nachhaltigkeitsziele in das Fach «Politische Bildung» miteinbringen. Es gibt mehrere Gründe dafür. Ein Grund ist die Bewusstseinsbildung. Schüler und Bürger werden über globale Herausforderungen und die Notwendigkeit nachhaltigen Handelns informiert. Ein weiterer Grund ist die Förderung des kritischen Denkens. Die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsfragen fördert das kritische Denken und die Fähigkeit, komplexe Probleme zu analysieren und zu lösen. Zudem geht es um die Handlungskompetenz. Politische Bildung, in der das Thema Nachhaltigkeit integriert ist, befähigt Menschen, aktiv zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen und informierte Entscheidungen zu treffen. Wir haben eine globale Verantwortung. Das heisst, dass das Fach «Politische Bildung» gleichzeitig auch die Nachhaltigkeitsziele beinhaltet. Wir müssen die Interdisziplinarität und die Zukunftsfähigkeit mit Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Schulen bringen.

Thomas Alois Hodel: Das Votum von Sabine Heselhaus bestätigt genau das, wovor ich Angst habe, nämlich dass es zu einer Gesinnungspolitik kommt. So sollen die Themen, die man möchte, platziert werden und die Jugend von den Personen, die das so möchten, in die richtige Richtung gesteuert werden. Das finde ich nicht richtig. Politische Bildung findet immer statt. An den Universitäten gibt es genügend politische Vereine, in denen man sich engagieren kann. Ich selbst habe den ABU-Unterricht in der Berufsschule als politische Bildung empfunden. Dort hat man gelernt zu diskutieren, Vorträge zu halten oder wie man ein Thema angeht und es anderen präsentieren kann. Das ist doch politische Bildung. So wie es heute bereits ist, finde ich es nicht so schlecht. Das Hauptproblem liegt eher darin, dass niemand mehr abstimmen geht. Ich glaube nicht, dass wir dieses Problem mit dem Fach «Politische Bildung» lösen können. Vielleicht liegt es auch daran, dass das Abstimmungsverfahren zu kompliziert oder die Bevölkerung politikmüde geworden ist, vor allem aber, weil es uns so gut geht. In Ländern, in denen es der Bevölkerung nicht so gut geht, ist die Wahlbeteiligung viel höher. Die tiefe Wahlbeteiligung müssen wir mit anderen Mitteln bekämpfen, aber sicher nicht mit dem Fach «Politische Bildung».

Luca Boog: Eigentlich wollte ich mich nicht zu dieser Frage äussern, da Jörg Meyer in seinem Votum sehr gut dargelegt hat, um was es geht. Als Götti des Jugendparlaments muss ich mich zum Votum von Thomas Alois Hodel äussern. Wenn man sagt, mit dem Fach «Politische Bildung» oder im Jugendparlament werde Gesinnungspolitik gemacht, lohnt es sich, den Termin der nächsten Jugendsession in der Agenda einzutragen und eine Session zu besuchen, an der rund 100 engagierte Jugendliche teilnehmen und diskutieren. Die Spannweite ist relativ breit, denn von links bis rechts ist alles vertreten. Die Forderung des Jugendparlaments war ziemlich breit abgestützt. Die Jugendlichen haben sich einen Tag lang mit diesen Themen engagiert befasst und viel Zeit investiert. Ich glaube, dass es nicht nur eine Gesinnungsrichtung gibt, schliesslich war Kantonsratspräsidentin Judith Schmutz im kantonalen Jugendparlament meine Vorstandskollegin. Unser Abstimmungsverhalten und unsere Meinung sind in diesem Rat trotzdem nicht immer deckungsgleich. Ich finde es wichtig, dass wir die Frage der politischen Bildung angehen. Es geht um eine Herzensangelegenheit dieser jungen Menschen.

Thomas Alois Hodel: Ich habe mit keinem Wort das Jugendparlament kritisiert, sondern

bin einzig und allein auf die Aussagen von Sabine Heselhaus eingegangen.

Der Rat stimmt dem Antrag der EBKK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, mit 107 zu 0 Stimmen zu.